53

EINGEGANGEN
 12. Jan. 2017 *gg*
 Landeshauptstadt Schwerin
 Der Oberbürgermeister

2017-01-11/2821
 Bearbeiter/in: Fr. Kubbutat

10

EINGEGANGEN
 26. Jan. 2017 *Wozt*
 Fachdienst Hauptverwaltung

*FM
 nicht*

über den Oberbürgermeister
 Herrn Dr. Badenschier

Antrag auf Stellenbesetzung/Funktionsbesetzung

Gemäß den Regularien zur Beantragung von Stellenbesetzungen/ Funktionsbesetzungen wird die Besetzung der nachfolgenden Stellen/Funktion beantragt:

Stellen-Nr.	Stellen-/Funktionsbezeichnung	Besoldungs-/Entgeltgruppe
08008	Leiter (in) Betreuungsbehörde	S 12 TVöD/SUE
Die Stelle soll:		
☒ intern		
☐ extern mit 1,000 WoStd besetzt werden.		

Begründung: (als Anlage beizufügen)

Die Notwendigkeit der Stellenbesetzung/Funktionsbesetzung ist hinreichend zu begründen. Insbesondere ist auf die gesetzliche Aufgabenwahrnehmung und dgl. hinzuweisen.

Kubbutat

Unterschrift FDL

Gegenzeichnung Oberbürgermeister

Die Besetzung der Stelle/Funktion wird

befürwortet

nicht befürwortet

Schwerin, 13. 01. 17

Rico Badenschier

Dr. Rico Badenschier

Anlagen

- Begründung Notwendigkeit Stellenbesetzung/Funktionsbesetzung

Besetzung der Stelle Leiter (in) der Betreuungsbehörde

Zum 01.07.2014 ist das Gesetz zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz sollten durch Änderungen im Verfahrensrecht und Änderungen im Betreuungsbehördengesetz die Funktionen der Betreuungsbehörde sowohl im Vorfeld, als auch im gerichtlichen Verfahren gestärkt werden. Den Betroffenen sollen andere Hilfen, die der Bestellung eines Betreuers vorgehen und eine Betreuung vermeiden können, besser aufgezeigt und vermittelt werden und damit Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht auf das Notwendige beschränkt werden. Die Betreuungsbehörde soll damit auch wesentlich dazu beitragen, dass in geeigneten Fällen ehrenamtliche Betreuer bestellt werden.

Bereits die vormals geltende Rechtslage sah die Anhörung der Betreuungsbehörde vor der Bestellung eines Betreuers oder der Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts vor, wenn es der Betroffene verlangt hat oder es der Sachverhaltsaufklärung diene. Durch eine obligatorische Anhörung der Behörde vor Bestellung eines Betreuers oder vor Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts soll nun aber der Sachverstand der Betreuungsbehörde bei der Sachverhaltsaufklärung des Betreuungsgerichts eingebunden und der Erforderlichkeitsgrundsatz in der Praxis besser umgesetzt werden. Im Hinblick auf die Bestellung eines Betreuers wurden qualifizierte Kriterien für den Bericht der Behörde aufgestellt. Dieser Bericht soll damit generell stärker als bisher eine umfassende Sachverhaltsaufklärung ermöglichen (Filterfunktion). Zwischen dem Bericht der Betreuungsbehörde und dem Sachverständigengutachten wird eine inhaltliche Verknüpfung ermöglicht.

Die Aufgabe der Behörde, das Gericht zu unterstützen, wurde entsprechend der verfahrensrechtlichen Neuregelung konkretisiert. Auch die Aufgaben der Behörde, die im Vorfeld eines betreuungsgerichtlichen Verfahrens bestehen, wurden ausdrücklich gesetzlich verankert. Mithilfe von Informationen und Beratung im Hinblick auf mögliche Betreuungsfälle sollen frühzeitig andere Hilfen aufgezeigt und damit betreuungsgerichtliche Verfahren unter Umständen vermieden werden. Zudem wurde geregelt, dass die Behörde betroffenen Personen ein Beratungsangebot unterbreitet. Die Beratung beinhaltet Informationen darüber, durch welche Hilfen eine Betreuung vermieden werden kann. Wenn sozialrechtliche Hilfen und Assistenzen in Betracht kommen, soll die Behörde den Betroffenen beraten und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Sozialleistungsträgern auf andere Hilfen, bei denen kein Betreuer bestellt wird, hinwirken.

Mit der steigenden Zahl von Vorsorgevollmachten nimmt auch die Bedeutung der Beratung und Hilfestellung für Bevollmächtigte bei ihrer Aufgabenwahrnehmung im Vorsorgefall zu. Zu diesem Zweck sollen die Bevollmächtigten in § 5 BtBG, der bislang ausschließlich die Einführung und Fortbildung von Betreuern regelt, einbezogen werden.

Der Aufgabenumfang hat demnach erheblich zugenommen. Die beigefügten Fallzahlen machen zudem einen zusätzlichen Fallzahlenanstieg deutlich (Anlage1).

Die Verfahrensabläufe sind nachdem BEOPS –Projekt ab dem Jahr 2011 in wesentlichen Schwerpunktbereichen optimiert worden (siehe Anlage 2). Die Behördenmitarbeiterinnen arbeiten mit Vordrucken, die für die Betreuungsbehörde Schwerin erarbeitet wurden und sie nutzen PC Technik sowie das Betreuungsprogramm in Octoware.

Die Betreuungsbehörde steht im ständigen Austausch mit dem Betreuungsgericht, um Abläufe zu optimieren und Mehrarbeit zu vermeiden. Die Zusammenarbeit wird beidseitig als positiv und effektiv eingeschätzt. Die ämterübergreifende Kommunikation mit dem Ziel der Zusammenarbeit im Einzelfall gestaltet sich schwierig, wird aber regelmäßig einzelfallbezogen initiiert.

Die Einzelfälle sind zunehmend komplexer geworden. Die notwendigen Hausbesuche und zahlreichen Gespräche mit verschiedenen an den Betreuungsverfahren Beteiligten lassen sich nicht einschränken. Dort kann keine Standardreduzierung vorgenommen werden. Die

Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen und Diensten sowie zahlreichen weiteren Institutionen ist außerdem notwendig.

Deshalb ist es erforderlich, die Betreuungsbehörde personell zu verstärken. Die Stelle soll als Fachgruppenleitung ausgewiesen werden. Ziel ist es, die Psychiatriekoordination von der Betreuungsbehörde vollständig abzutrennen, da es zwischen den jeweiligen Aufgaben keinen Sachzusammenhang gibt.

Jahresstatistiken ab 2012

Jahr	Ges. Aufträge	EA	WV	U o. uäM	VF	sonst.	von EA abgel. Betr.	davon AH	HB	im Amt	Vors. Vollm.	Beglaub.	fachliche Beratung
2012	700	375	89	84	0	152	97	86	370	197	188	73	159
2013	895	386	251	60	2	196	84	74	409	255	244	84	147
2014	742	377	171	35	3	156	92	54	345	214	274	95	147
2015	921	426	209	35	0	251	94	59	439	305	262	97	237
2016	969	419	230	91	3	246	96	74	409	324	238	86	310

Erklärung

- EA Aufträge im Eilverfahren, zur Erstbetreuung und nach vorläufiger Betreuung und auswärtige Verfahren
WV Wiedervorlagen = Aufträge zur Verlängerung o. Aufhebung der Betreuung
U o. uäM Aufträge zur Unterbringung o. zu unterbringungsähn. Maßnahmen
VF Verfahren zu Vorführung o. Zuführung
sonst. andere Verfahren wie z. Bsp. Betreuerwechsel, Aufgabenkreiserweiterung, Einwilligungsvorbehalt ...
- abgel. Betr Zahl der abgelehnten Betreuungen von den Erstaufträgen
AH Verfahren im Rahmen der Amtshilfe
HB Gespräche im Haushalt, APH, Klinik, usw.
Im Amt Einbestellungen in die Betreuungsbehörde

Vors. Vollm Zahl der Beratungen zur Vorsorgevollmacht
Beglaubig. Zahl der durchgeführten Beglaubigungen
fachl. Bera Einzelfallberatungen, Fallunspezifische Beratungen wie z.Bsp. Beratung bei den BV, Trägern, Gespräche mit Betreuern,...